

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/2185**



Landes-Arbeitsgemeinschaft
der freien Wohlfahrtsverbände
Schleswig-Holstein e.V.

LAG der freien Wohlfahrtsverbände SH e.V., Postfach 49 65, 24049 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Herrn Vorsitzenden
Thomas Rother
Postfach 71 21
24171 Kiel

Falckstraße 9
24103 Kiel

Postfach: 4965
24049 Kiel

Tel. 0431 336075
Tel. 0431 336026
Fax 0431 337130

lag.freie-wohlfahrt-sh@online.de

Bankverbindung:
Ev. Darlehnsgenossenschaft eG
Konto: 0012017
BLZ: 210 60237

Ihre Zeichen / Ihr Schreiben vom

Unsere Zeichen


Kiel,

31.03.2011/EB/til



PARITÄT



Diakonie 
Schleswig-Holstein



Stellungnahme der Wohlfahrtsverbände in Schleswig-Holstein zu den Anträgen der Fraktionen der CDU und FDP (Drucksache 17/1190, Nr. 7) sowie der SPD (Drucksache 17/1214) zum Ehrenamt in Schleswig-Holstein

Sehr geehrter Herr Rother,

im Namen der Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein übermittle ich Ihnen nachfolgende Stellungnahme zu den o. g. Anträgen:

Stellungnahme

Bei den Wohlfahrtsverbänden und ihren angeschlossenen Mitgliedsorganisationen in Schleswig-Holstein sind in den verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit ca. 70.000 Menschen ehrenamtlich tätig. Die Formen des freiwilligen Engagements sind vielfältig. Menschen engagieren sich in der direkten Betreuungsarbeit, aber auch im Rahmen ihres zivilgesellschaftlichen Engagements als Vorstände oder Beratungsgremien in gemeinnützigen Organisationen und Vereinen.

Die freigemeinnützige Arbeit der Wohlfahrtsverbände bindet so mindestens so viele Menschen im ehrenamtlichen Bereich, wie in den Einrichtungen und Diensten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hauptamtlich beschäftigt werden.

Ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger haben immer wieder den Eindruck, in ihrem Engagement nicht genügend Wertschätzung und Unterstützung zu erfahren. Insofern begrüßt es die Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände außerordentlich, dass die Fraktionen der CDU und FDP sowie der SPD die Diskussion um die Unterstützung des Ehrenamtes in Schleswig-Holstein wieder aktiv aufgenommen haben.

Das Jahr 2011 ist durch die Europäische Union zum Jahr der Freiwilligenarbeit deklariert worden. Dies fordert Landespolitik, Landesregierung und Verbände auf, gemeinsam Aktivitäten auf Landesebene zur Unterstützung des freiwilligen Engagements vor Ort zu entwickeln. Freiwilliges Engagement braucht Wertschätzung und echte praktische Unterstützung.

Zu den Anträgen der Fraktionen im Einzelnen:

1. Ehrenamt im Wandel

Beide Anträge verwenden vorrangig den etwas antiquierten Begriff des Ehrenamtes. Dieser Begriff ist geprägt von traditionellen Bildern des bürgerschaftlichen Engagements und nimmt die fundamentalen Veränderungen in den Motiven und im Engagementverhalten der Bürgerinnen und Bürger, welches wir in den letzten 20 Jahren beobachten, nicht vollständig auf.

Bürgerinnen und Bürger investieren ihre Zeit nicht nur aus altruistischen Motiven, sondern insbesondere auch, weil sie in ihrer Tätigkeit einen sozialen Sinn sehen, weil sie sich persönlich einbringen und weiter entwickeln wollen, weil sie den Wunsch nach Gestaltung und gesellschaftlicher Mitbestimmung haben.

So können Menschen, die sich heute engagieren, mühelos Gemeinsinn mit Eigensinn verbinden. Sie haben eine hohe Erwartung an ihr Engagement hinsichtlich ihrer Gestaltungsspielräume, ihrer Verantwortungsmöglichkeiten und der Sinnhaftigkeit der Tätigkeit. Es wird immer schwieriger, Menschen zu finden, die sich in einem hierarchischen, traditionellen Rahmen, der wenig Raum für Eigeninitiative und Gestaltungsmöglichkeiten gibt, engagieren. Deshalb stehen viele Organisationen, die sich eher den traditionellen Vorstellungen vom Ehrenamt verpflichtet sehen, vor zunehmenden Nachwuchsproblemen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die sich heute engagieren, machen dies in selbstbestimmten und selbstorganisierten Formen. Sie erheben einen Anspruch auf ernsthafte Beteiligung sowohl gegenüber der Politik als auch gegenüber den Institutionen, in denen sie sich engagieren. Insofern sind Freiwilligenarbeit und Bürgerbeteiligung zwei Pole, die im bürgerschaftlichen Engagement immer mehr zusammenrücken.

Aus Sicht der freien Wohlfahrtsverbände ist es notwendig, diese Herausforderung wahrzunehmen und darauf Antworten zu finden. Erst wenn wir verstehen, wohin sich bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft entwickeln kann und soll, sind wir in der Lage, die Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige zu verbessern und attraktiver zu gestalten.

2. **Finanzielle Entschädigungen**

Das Bild des altruistischen, subsidiären und helfenden Ehrenamtes ist überholt und entspricht insgesamt nicht mehr der Wirklichkeit. Auch die üblichen Leerformeln des Dankes und der Anerkennung des Ehrenamtes durch Politik und Gesellschaft, die letztlich zu nichts verpflichten, führen nicht zu einer Verstärkung des Engagements.

Aber auch die Vorschläge, die finanziellen Entschädigungen für Ehrenamtliche zu verbessern, werden ihr Ziel nicht erreichen. Dass Menschen, die sich freiwillig engagieren, ihre damit verbundenen Aufwendungen erstattet bekommen, ist leider immer noch nicht selbstverständlich, aber auf jeden Fall unbedingt anzustreben. Deshalb ist es aus Sicht der Wohlfahrtsverbände wünschenswert und geboten, die steuerlichen Freibeträge für diese Aufwandsentschädigungen anzuheben. Dazu sollte das Land Schleswig-Holstein eine Initiative zur entsprechenden Veränderung im Einkommensteuergesetz starten.

Freiwilligenarbeit, für die Entschädigungen gezahlt werden, muss die Grenze zu prekärer Arbeit deutlich markieren. Bezahltes freiwilliges Engagement, das zum Ersatz für notwendige hauptamtliche Arbeit wird, findet nicht die Zustimmung der freien Wohlfahrtsverbände.

3. **Bürgerschaftliches Engagement braucht Unterstützungsstrukturen**

Freiwilliges Engagement ist auf Unterstützungsstrukturen angewiesen. Seit vielen Jahren gestaltet die freie Wohlfahrtspflege entsprechende Rahmenbedingungen. Die Einrichtungen und Dienste der Wohlfahrtspflege sind Anlaufstellen für freiwilliges Engagement, die organisieren Schulungen, sie bringen Menschen und Möglichkeiten für Engagement zusammen, sie unterstützen Bürgerinnen und Bürger, die in ihren Gemeinden soziale Initiativen und Projekten starten wollen, sie helfen bei der Selbstorganisation und sie gestalten Netzwerke.

Diese Möglichkeiten der freien Wohlfahrtspflege, freiwilliges Engagement zu fördern, zu halten und zu organisieren, haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Insbesondere die Kürzungen im Bereich der sogenannten freiwilligen Leistungen, z. B. im Sozialvertrag I, aber auch die Reduktion entsprechender Förderungen auf der kommunalen Ebene haben die Unterstützungsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement erheblich geschwächt.

Die Initiativen für das Ehrenamt der Fraktionen der CDU und FDP bzw. der SPD werden nur glaubwürdig sein und Wirkung entfalten, wenn sich auch das Land zu seiner Verantwortung bei der finanziellen Förderung der Infrastrukturen für das Ehrenamt bekennt.

4. Ehrenbeamte

Die Überlegung, „Ehrenbeamte in Bereichen wie z. B. bei der Kriminalprävention, beim Nachhilfeunterricht an Schulen, als Bescheid-erklärer in Sozialbehörden oder in der Integrationsarbeit einzusetzen“, ist möglicherweise in Teilbereichen durchaus sinnvoll. Allerdings hat dies mit der Wirklichkeit der meisten engagierten Menschen in Schleswig-Holstein sehr wenig zu tun. Die „Initiative für das Ehrenamt in Schleswig-Holstein“ der Fraktionen der CDU und FDP beginnt so mit großen Worten, endet aber sehr bescheiden mit dem Vorschlag, die steuerliche Behandlung von Ehrenbeamten zu vereinheitlichen. Es wird sicher ehemalige Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes geben, die sich im Ruhestand freiwillig engagieren wollen, dort wo es für sie persönlich sinnvoll ist. Es bleibt abzuwarten, wie groß die Bereitschaft sein wird, als freiwillige/r Beschäftigte/r den Personalabbau im öffentlichen Dienst abzufedern.

5. Jugendfreiwilligendienste

Der Vorschlag der Fraktion der SPD, die Arbeit der Jugendfreiwilligendienste zu sichern, wird von den Wohlfahrtsverbänden unterstützt. Jugendfreiwilligendienste dienen zwar in erster Linie der Berufsorientierung der jungen Menschen. Sie eröffnen aber den Jugendlichen wichtige Erfahrungen und persönliche Kompetenzen im Bereich des persönlichen und sozialen Engagements und können so Türöffner für späteres ehrenamtliches Engagement sein.

6. Anerkennung des freiwilligen Engagements bei Einstellungen, Beförderungen und Beurteilungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

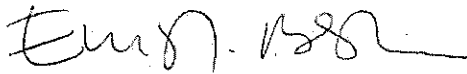
Freiwilliges Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann auch im betrieblichen Alltag einen wichtigen Beitrag zur Unternehmenskultur und zum Unternehmenserfolg haben. Dieser Gedanke ist durchaus schon bei einigen Arbeitgebern angekommen. Bis diese Einsicht allerdings überall wirklich das Handeln in den Unternehmen bestimmt, wird noch viel auf dem Weg zu einer lebendigen Bürgergesellschaft getan werden müssen. Die Aufforderung an die Landesregierung, hier in den eigenen Personalrichtlinien Maßstäbe zu setzen, ist auf jeden Fall ein guter und richtiger Schritt.

7. Katastrophenschutz

Die freien Wohlfahrtsverbände unterstützen die Ausführungen im Antrag der SPD-Fraktion zu den freiwilligen Feuerwehren. Sie weisen darauf hin, dass im Katastrophenschutz auch Wohlfahrtsverbände tätig sind, die ebenfalls der besonderen Förderung bedürfen.

Die freien Wohlfahrtsverbände verstehen sich als Plattform und Multiplikatoren für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement. Als Mittler zwischen Sozialwirtschaft, Politik und persönlichen Lebenswelten fördern sie eine gesellschaftliche Grundhaltung, die die persönliche Eigeninitiative und das Engagement für Andere als eine wesentliche Möglichkeit der Gestaltung einer sozialen und von Vielfalt geprägten modernen Gesellschaft sieht. Die Wohlfahrtsverbände sind sehr gerne bereit, gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen im Land Methoden und Strategien zu entwickeln, die darauf bedacht sind, das Potential des bürgerschaftlichen Engagements aufzugreifen, zu bündeln und zu befördern.

Mit freundlichen Grüßen



Günter Ernst-Basten
1. Vorsitzender